

Die Idee der geförderten Informatiktalente wird ausgezeichnet

THUN • Wunschschloss – Zum vierten Mal wurde aus zehn von einer Jury ausgewählten Ideen eine gekürt. Ein Treffen mit den Generalsekretären aller grossen Parteien und eine Weltreise im Wert 4000 Franken gewonnen hat die Idee von Rolf Schaub: Er will junge IT-Talente fördern.

Das Schloss Thun erstrahlte in dieser Nacht nicht nur durch das Licht der Scheinwerfer, die es wie üblich von aussen her anstrahlten, sondern auch von innen heraus durch den Geist zahlreicher, innovativer Menschen. 170 Gäste waren geladen, um einen Gewinner demokratisch zu wählen. Gewonnen hat schliesslich die Idee des 58 Jahre alten Schulleiters Informatik, Rolf Schaub, Geschäftsführer ICT Scouts/Campus. Sein Wunsch ist es, «dass alle Lernenden in der 1. Sekundarstufe durch die Scouts von ICT Campus besucht werden. Dass via Workshops Talente eruiert werden, die anschliessend in einem speziellen Campus bis zum Ende ihrer Schulzeit gefördert werden. Mindestens die Hälfte dieser Talente sollen Mädchen sein. Die Kosten sollen sowohl von der Wirtschaft als auch von der öffentlichen Hand getragen werden.» Schaub konnte schliesslich den Preis, ein Treffen mit den Generalsekretären der Bundesparteien und einen Reisegutschein im Wert von 4000 Franken, entgegennehmen. Diesen will er, zugunsten des Projekts, verkaufen. «Zum Reisen habe ich keine Zeit. Die gesamte Summe soll in die Umsetzung der Idee fliessen.»



Andreas Gerber, SVC-Präsident, Rolf Schaub, Gewinner von Wunschschloss 2018 und Jobst Wagner, Initiant Strategie Dialog 21.

Herausforderungen anpacken

Organisiert wurde der Anlass bereits zum vierten Mal von den Initianten Strategiedialog 21 und Swiss Venture Club. Der Initiant der Wunschschloss-

Idee, Jobst Wagner, ist Unternehmer und Mitinhaber der Rehaui-Gruppe in Muri und Präsident der Stiftung Strategiedialog 21. Initiant des Swiss Venture

Clubs, ein KMU-Netzwerk mit gut 3000 Mitgliedern, ist der Unternehmer Hans-Ulrich Müller. Die Jury – darunter Wirtschaftsfachleute, Unternehmer, Profes-

soren, Journalisten und Schriftsteller – hatte es nicht einfach. 70 Ideen aus der ganzen Schweiz wurden eingereicht. Das Motto: «Innovative Ideen und Lö-

sungsansätze für die Schweiz der Zukunft entwickeln.» Zehn Ideen von vier Frauen und sechs Männern wurden schliesslich ausgewählt. Am Anlassabend waren, nebst den zehn ausgewählten Ideengeberinnen und -gebern, zudem sieben Politikerinnen und Politiker zu Gast im Schloss: Regula Rytz, Nationalrätin und Präsidentin der Grünen, Hans Stöckli, Ständerat SP, Kathrin Bertschi, Nationalrätin GLP, Beat Vonlanthen, Ständerat CVP, Martin Landolt, Nationalrat und Präsident BDP, Christa Markwalder, Nationalrätin FDP und Manfred Bühler, Nationalrat SVP. Für einmal waren sich die Politiker einig und gaben vor allem zwei Ideen ihre Stimme: Derjenigen des «Dorfplatz 21» der 23-jährigen Géraldine Danuser, welche das Gemeinschaftsgefühl in der Region stärken und der Vereinsamung und Abwanderung in die Städte entgegenwirken will, indem analoge und digitale Strukturen miteinander verbunden werden. «Das regionale Zentrum soll den Lebensverhältnissen des 21. Jahrhunderts angepasst werden.» Und der Idee des Unternehmers Christian Hirsig, 38: «Die Integration von gebildeten, anerkannten Pflichtlingen durch eine entsprechende Ausbildung im IT-Bereich.» Dadurch würden die Flüchtlinge integriert und unsere Wirtschaft durch Fachkräfte, die im Land sind, angetrieben. Gewonnen hat schliesslich eine andere.

Sonja L. Bauer

Ausgeglichene Zahlen, einseitige Reaktionen

KANTONSFINANZEN • Der Voranschlag der Regierung für 2019 rechnet mit schwarzen Zahlen. Diese werden von den Parteien höchst unterschiedlich goutiert.

Die Zahlen des bernischen Finanzhaushalts sind stabil. Für das kommende Jahr sieht der Regierungsrat einen Ertragsüberschuss von 88 Mio. Franken vor. Die geplanten Nettoinvestitionen von 436 Mio. Franken können vollständig mit eigenen Mitteln finanziert werden. Auch für die folgenden drei Jahre werden schwarze Zahlen vorausgesehen. «Damit erfährt der Finanzhaushalt eine weitere Konsolidierung», schreibt die Regierung. Doch die Stabilität sei trügerisch. Schwächst sich die Konjunktur ab, gerate der Finanzhaushalt rasch wieder in Bedrängnis. Zudem seien weniger Erträge aus dem Bundesfinanzgleichgewicht budgetiert und es müssten Ertragsausfälle aus der Steuergesetzrevisi- on 2021 kompensiert werden. Auch steigere der Investitionsbedarf stark an.

Stellenabbau wird begrüsst

Für die SVP sind dies besorgniserregende Aussichten. Es brauche weitere

Sparpakete, um Schulden abzubauen und Steuern zu senken. Wer in Bern arbeite und wohne, solle dies nicht in einer «Steuerhölle» tun müssen. Dadurch würden die Pendlerströme zurückgehen und es könnten Infrastrukturkosten gespart werden, teilt die Partei mit. Besonders begrüsst diese den Abbau auf der Kantonsverwaltung um 80 Vollzeitstellen. Als nächstes müssten die Angebote im Kanton Bern weiter überprüft werden. Auch die FDP will Steuern senken, im Gegensatz zur SVP sind die Liberalen «erfreut» über die Prognosen aus der Finanzdirektion. Es dürfe aber nicht vergessen werden, dass dieses Gleichgewicht auf einer «rekordhohen Belastung der steuerzahlenden Bevölkerung und Unternehmen basiert».

Auch die Grünliberalen zeigen sich erfreut über die durch den Stellenabbau «nachhaltige Entlastung des Haushalts», rufen aber in Erinnerung, dass

der Spielraum sehr klein sei. Deshalb müsse der Kanton Bern bei den Unternehmenssteuern «wettbewerbsfähig» bleiben, um die Einnahmen zu sichern und langfristig auszubauen.

«Unverantwortliche Steuergeschenke»

Nicht einverstanden mit dem Stellenabbau ist die Gewerkschaft VPOD. Das Personal bezahle den Preis für die positiven Rechnungsabschlüsse. Dies und der Verzicht auf die «dringend notwendigen Lohnprozente für die Geprellten der früheren Abbaupakete» sei nicht akzeptabel. In die gleiche Richtung argumentiert der Bernische Staatspersonalverband BSPV. Der Staat müsse immer mehr Aufgaben mit immer weniger Personal wahrnehmen. Daraus resultierten gesundheitliche Probleme oder erhöhte Fluktuationen, was am Ende nicht günstiger werde.

«So nicht», sagt die SP zum Sparkurs und dem Stellenabbau. Der Kan-

ton habe in den nächsten Jahren hohe Investitionen zu tätigen in den Bereichen Medizintechnik, Mittelschulen, Justizvollzug und Verkehrsprojekte, da seien zusätzliche Steuererleichterungen für Unternehmen «höchst unverantwortlich». Die Sozialdemokraten haben dagegen das Referendum ergriffen.

«Mit grosser Sorge» beobachten schliesslich die Grünen die finanzpolitischen Perspektiven. Angesichts eines ungedeckten Investitionsbedarfs von 500 bis 700 Mio. Franken für die kommenden Jahre könne sich der Kanton die «geplanten Steuergeschenke» für Grosskonzerne nicht leisten. Angesichts der gesellschaftlichen Entwicklungen und eines höheren Bedarfs in den Bereichen Pflege, Alter, wirtschaftliche Hilfe, Gesundheit und neuer Schulklassen sei Bern auf solide Einnahmen angewiesen.

Siedlungsentwicklung nach innen fördern

KANTON • Mit dem Fokus auf die Siedlungsentwicklung nach innen ist im Kanton Bern bei der Raumplanung ein Paradigmenwechsel im Gang. Die rechtlichen und planerischen Voraussetzungen sind zwar geschaffen, doch das Umsetzen der neuen Vorgaben stelle eine grosse Herausforderung dar. Dies stellt der Regierungsrat im Raumplanungsbericht 2018 fest, den er zu Händen des Grossen Rates verabschiedet hat. Gleichzeitig hat er die öffentliche Mitwirkung zur Anpassung des kantonalen Richtplans gestartet, die bis am 29. November 2018 dauert.

Planerische Voraussetzungen geschaffen

Das Ja des Volks zum teilrevidierten Raumplanungsgesetz (RPG) auf eidgenössischer Ebene 2013 führte auch im Kanton Bern zu einer neuen Ausgangslage in der Raumplanung. So wurde die Siedlungsentwicklung nach dem Leitgedanken «Innenentwicklung kommt vor Ausenentwicklung» zum zentralen Grundsatz der Raumplanung. Heute ist es nicht mehr möglich, den zusätzlichen Baulandbedarf primär durch Einzonungen am Siedlungsrand zu decken. Zuerst müssen die nicht überbauten Zonen und die Verdichtungspotenziale in den überbauten Zonen ausgeschöpft werden. Einzonungen sowohl für das Wohnen als auch für das Arbeiten sind gemäss den strengen Vorgaben des RPG nur noch in Ausnahmefällen möglich.

Der Regierungsrat stellt fest, dass der Kanton Bern in den letzten vier Jahren gute planerische und gesetzliche Voraussetzungen für diesen Paradigmenwechsel geschaffen hat. So wurde der kantonale Richtplan im Bereich Siedlung grundlegend überarbeitet und in den übrigen Bereichen einer Gesamtüberprüfung unterzogen («Richtplan 2030»). Mit den zwei Teilrevisoren der

Berner Gewässer sind stark belastet

PFLANZENSCHUTZMITTEL • In den bernischen Bächen sind zu viele Gifte. Der Bauernverband und der Kanton reagieren und versuchen, die Bauern zu einem massvolleren Umgang mit den Spritzmitteln zu bewegen.

Kleinere Gewässer im Kanton Bern sind zum Teil massiv mit Pflanzenschutzmitteln belastet. Dies zeigen Messungen des kantonalen Gewässer- und Bodenschutzlabors. Die Analysen zeigten, dass Handlungsbedarf besteht: Sowohl die Gewässer als auch die Ausläufe der Abwasserreinigungsanlagen sind teilweise stark mit Giften durchsetzt. 81



tionszeit oft nicht mehr erfüllt werden. Davon betroffen sind sowohl Mikroorganismen wie auch Fische.

Pestizide reduzieren

Um die Pestizide, Fungizide und Herbizide zu reduzieren, haben der Kanton und der Bauernverband das Berner Pflanzenschutzprojekt ins Leben geru-

be, die für das Projekt infrage kommen. Aufgrund von Messresultaten suchen sie nach Alternativen zu den kritischen Stoffen und verzichten nach Möglichkeit bei Kartoffeln und Zuckerrüben auf Herbizide oder auf Mittel wie das umstrittene Glyphosat. Wo nötig, werden Befüllungs- und Waschplätze für die Spritzmaschinen angepasst. Die Bäu-

Substanzen wurden gefunden, wovon 12 für die Lebewesen in den Gewässern kritisch sind. Dazu kommen weitere Stoffe, die nicht zwingend aus der Landwirtschaft stammen. Die Anforderungen der Gewässerschutzgesetzgebung können während der Vegeta-



Spritzmittel sollen reduziert werden. zvg

fen. Damit sollen die Umweltrisiken in den Gewässern reduziert werden, ohne das Produktionsvolumen massgeblich zu beeinträchtigen. Das Projekt läuft von 2017 bis 2022, knapp 3200 Landwirtschaftsbetriebe beteiligen sich daran. Das sind mehr als die Hälfte der Betrie-

rinnen und Bauern werden teilweise für die Aufwände beziehungsweise Ausfälle entschädigt.

Das Projekt kostet 62,7 Mio. Franken, der Bund übernimmt 80 Prozent der Kosten. Der Kanton Bern steuert 10,6 Mio. Franken bei.

Baugesetzgebung erfüllt der Kanton Bern die Anforderungen des revidierten RPG. Gleichzeitig hat er – als Gegenvorschlag zur kantonalerbischen Kulturland-Initiative – den schonenden Umgang mit Kulturland und den Schutz der Fruchtfolgeflächen verstärkt. pd